

DER MALER

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER MALER, LACKIERER, ANSTREICHER TÜNCHER U. WEISSBINDER DEUTSCHLANDS

HAMBURG 7. JANUAR 1933

ERSCHEINT SONNABENDS · BEZUGSPREIS VIERTEL 3 RM., UNTER KREUZBAND 4 RM. POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 11598, VERMÖGENSVERWALTUNG DES VERBANDES SCHRIFTFÜHRUNG: PETER MEHRENS · VERLAG: LOUIS RINGEL, HAMBURG 36, ALSTER-TERRASSE 10 · FERNRUF 44 2886 · REDAKTIONSSCHLUSS: SONNABENDS 14 UHR

„Der Maler“ im neuen Gewande

Den Gewerkschaftszeitungen ist im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit eine hohe und vielseitige Aufgabe gestellt. Sie sollen den Funktionären gutes, durchschlagendes Material für ihre Werbearbeit unter den Unorganisierten, aber zugleich auch im Kampfe gegen das Unternehmertum und die Kollegen liefern, die gegnerischen Organisationen angehören. Damit steht in engster Verbindung die Erkenntnisvermittlung über das Werden und die Entwicklung der Gewerkschafts- und allgemeinen Arbeiterbewegung, vor allem der Organisation, als deren Sprachrohr die Verbandszeitung dient. Es ist selbstverständlich, daß sie die wirtschaftlichen, gewerblichen und sozialpolitischen Vorgänge, daneben die fachlichen Fragen, zu beobachten und ihren Lesern näherzubringen hat. In der heutigen Krisenzeit, die es vielen Arbeitnehmern unmöglich macht, sich eine Tageszeitung zu halten, muß sie besonders bemüht sein, ihre Leser über das Geschehen in der Welt zu informieren und neben allen andern, auch noch die wichtigsten politischen Fragen behandeln. Die gesamten Gebiete werden aber in erster Linie nur von unsern Kollegen verfolgt, und da die Verbandszeitung anerkanntermaßen auch den Frauen der Kollegen und den erwachsenen Kindern Lesenswertes vermitteln soll, muß sie auch allgemein Unterhaltendes bringen, das aber in der Regel eine besondere, meist soziale Note haben wird. Daß die Verbandszeitung als Publikationsorgan des Verbandsvorstandes eine erhebliche Bedeutung hat, sei nur nebenbei erwähnt.

Unsere Organisation hat aber seit ihrem Bestehen nicht nur Wert auf einen guten Inhalt der Verbandszeitung gelegt, sondern war bestrebt, diesen den Kollegen in einem angenehmen Rahmen nahezubringen. Und so hat das Verbandsorgan wiederholte Umwandlungen erfahren. Nachdem ein nach Leipzig einberufener Kongreß der Malergehilfen Deutschlands am 21. und 22. Mai 1877 beschlossen hatte, den „Zentralverband der deutschen Maler, Lackierer und Vergolder“ mit dem Sitz in Leipzig zu gründen und den Vorstand ersuchte, ein eigenes Fachorgan herauszugeben, wenn 800 bis 1000 Mitglieder vorhanden seien, erschien ab April 1878 „Die Mappe“, Organ für Maler, Lackierer und Vergolder. Die Generalversammlung, die am 10. und 11. Juni 1878 wiederum in Leipzig tagte, bestellte den Vorsitzenden Nauert gleichzeitig zum Redakteur des Verbandsorgans.

Am 12. November 1878 wurde die junge Malerorganisation auf Grund des § 6 des Sozialistengesetzes vom 31. Oktober 1878 verboten und damit auch die weitere Herausgabe der „Mappe“ unmöglich gemacht.

Brutaler Reaktionsgeist hatte damit die Organisation der Malergehilfen zerstört, konnte aber auf die Dauer nicht den Willen der Kollegen zum Zusammenschluß unterdrücken. Am

26. und 27. Dezember 1884 tagten in Dresden die Delegierten der Kollegen aus 15 Orten, die die Gründung eines neuen Zentralverbandes beschlossen. Er erhielt den Titel: „Verband der Maler und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.“ Als Verbandsorgan

glerte. Von Ende März 1890 an übernahm Kollege Hohlwegler, Berlin, die Redaktionsgeschäfte, die sie bis zu seinem Tode (Oktober 1893) behielt. An seine Stelle trat Kollege Mark. Am 1. April 1897 wurde der Sitz des Verbandes nach Hamburg verlegt, wo



wurde die 1881 von Nauert neu gegründete Fachschrift „Die Mappe“ bestimmt.

Im Januar 1886 erschien das „Malervereinsblatt“, herausgegeben und gedruckt von M. Ernst, redigiert von Ludwig Reisberger, beide in München. Es wurde an die Gauvereine im Abonnement für 60 Pf. für das Exemplar und Quartal abgegeben.

Durch eine Abstimmung im Jahre 1886 wurde beschlossen, ab 1. Januar 1887 den „Correspondent“ herauszugeben, der unentgeltlich an die Mitglieder abgegeben werden sollte. Die Drucklegung blieb in München. Die Redaktion wurde dem Kollegen Schmitz in Hamburg übertragen. Unter dem Titel „Correspondent“ ist die Verbandszeitung bis 15. September 1888 herausgegeben worden. Ihrem Erscheinen wurde von den Behörden ein Ziel gesetzt; denn nachdem schon die Nummern 14 und 18 verboten waren, erfolgte am 19. September 1888 auf Grund des § 11 Absatz 2 des Sozialistengesetzes das gänzliche Verbot. Aber die Verbandsleitung war schon darauf gefaßt, so daß schon am 29. September 1888 die Nr. 27 des „Vereinsanzeiger“ herausgegeben werden konnte. Schriftleitung und Verlag wurden nach Berlin verlegt, wo Kollege Wentker vom Januar 1889 bis Ende März 1890 als Schriftleiter fun-

nun auch die Verbandszeitung erschien. Zum Redakteur wurde vom Vorstand und Ausschuß de Haas, Hamburg, gewählt. Als dieser die Redaktion Ende 1898 niederlegte, wurde vom Vorstand, in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß, der Hauptkassierer, Kollege Wentker, wieder mit der Redaktion

Schützt Eure Organisation

Wieder hat ein Jahr geendet. Damit sind wir auch wieder am Schluß eines Verbandsgeschäftsjahres angekommen. In den nächsten Wochen berichten die verantwortlichen Funktionäre in den Generalversammlungen über ihre Tätigkeit im verflorbenen Jahre, worauf die Neuwahlen der Filialverwaltungsmitglieder und sonstigen Funktionäre erfolgen.

Dies ist natürlich auch den Kommunisten und der RGO. bekannt. Schon seit Wochen wird daher in der kommunistischen Presse Stellung zur Neuwahl der Funktionäre in den Gewerkschaften genommen. Allen RGO.-Anhängern und kommunistischen Gewerkschaftern wird es zur Pflicht gemacht, die in Frage kommenden Versammlungen zu besuchen und für die Wahl von Gesinnungsfreunden zu sorgen. Immer wieder heißt es in den Artikeln: „Besetzt die

des Verbandsorgans betraut. Nachdem das Kassiereramt aber seine Arbeitskraft immer mehr in Anspruch nahm, wählte der Verbandsvorstand den Kollegen Mark, Berlin, zum besoldeten Redakteur. Bis dahin war die Redaktionstätigkeit nämlich nebenamtlich erledigt worden. Kollege Mark hat diesen Posten dann bekanntlich bis zum 1. Oktober 1931 bekleidet. Das Gesicht des „Vereinsanzeiger“ hat oftmals Änderungen erfahren, aber es blieb lange, im wesentlichen aus historischen Gründen, bei dem Titel. Erst die Generalversammlung 1923 in Jena beauftragte den Verbandsvorstand, eine Titeländerung und Neugestaltung des Äußeren der Verbandszeitung vorzunehmen. Seit dem 1. Januar 1924 erscheint nun „Der Maler“.

Wenn auch der Titel des Verbandsorgans vorläufig belassen werden dürfte, so halten wir uns doch für verpflichtet, das Äußere der Zeitung dem Stil- und Kunstgefühl der heutigen Zeit anzupassen. Deshalb der neue Kopf der Zeitung und die neue Schrift, Antiqua, wie sie vom „Lackierer“ und der „Malerjugend“ schon verwandt wird. Die eingebaute Photomontage läßt die Veränderungen, die das Äußere der Verbandszeitung im Laufe ihres 47jährigen Bestehens erlebte, deutlich erkennen. Aber wenn auch das Gesicht der Verbandszeitung wechselte, immer war sie den Kollegen ein treuer Berater und Führer im Kampfe um ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Besserstellung. So soll auch „Der Maler“ im neuen Gewande den Kollegen Wegweiser sein in ihrem Kampfe um Recht und Freiheit und eine bessere Gesellschaftsordnung. Wie die Kollegen treu zu ihrem Verbandsorgan ihre Interessen wahren unter der Devise: Treue um Treue. Mögen die Kollegen aber auch daran denken, daß „Der Maler“ neben der schon erwähnten Aufgabenerfüllung auch die Lage der Kollegen, ihre Schmerzen und Nöte widerzuspiegeln hat. Voraussetzung dafür ist aber rege Mitarbeit aller dazu Befähigten.

Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit revolutionären Gewerkschaftern“, womit selbstverständlich nur die RGO.-Anhänger gemeint sind. Dabei wird auf den Beschluß des „EKKI“ hingewiesen, in dem gefordert wird:

„Zähe Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaft, um jeden wählbaren Posten, durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Organisationen der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften.“

Die Kollegen können daraus erkennen, daß sich die KPD. wieder einmal, wie schon so oft, in die ureigensten Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischte. Um ihr Vor-

gehen zu begründen, ergießt sich eine Flut von

Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die Gewerkschaften und deren Führer. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß sich die kommunistischen Zeitungen wochenlang täglich mit dem Interview des ADGB-Vorsitzenden Leipart mit einem Korrespondenten der französischen Zeitung „Excelsior“ befaßten und sich krampfhaft bemühten, daraus den Nachweis zu erbringen, daß die Gewerkschaften rückhaltlos hinter der Regierung Schleicher stehen. Es wird von ihnen so hingestellt, als wenn die Gewerkschaften mit dem Lohn- und Gehaltsabbau einverstanden sind, an die Durchführung der 40-Stunden-Woche gar nicht ernsthaft herangehen und jeder Unterstützungskürzung der Arbeitslosenunterstützungs- und Rentenempfänger zustimmen.

Soviel Worte, soviel Unrichtigkeiten. Allerdings, derart unsinnige Kämpfe, wie sie oftmals von der RGO. angezettelt werden, lehnen die Gewerkschaften ab, weil sie der Meinung sind, daß Kämpfe, die doch stets große Opfer von den Beteiligten erfordern, sinnvoll sein müssen und nur berechtigt sind, wenn sie mit der

Aussicht auf Erfolg

geführt werden können. Wenn nun auch die kommunistische Presse oft von RGO.-Siegen zu berichten weiß, so lehnen doch die nüchternen Tatsachen etwas ganz anderes. Vielfach hetzt die RGO. die Arbeiter in einen Streik, der für jeden kritisch die Dinge Betrachtenden von vornherein verloren ist. Sie brüstet sich auch gern damit, wenn es ihr gelungen ist, die Gewerkschaften auszuschalten und sogenannte revolutionäre Streikleitungen wählen zu lassen, wobei sie oftmals mit Nazis und Unorganisierten zusammengeht, wie es sich besonders kraß beim Streik der BVG.-Arbeiter in Berlin zeigte. Den Gewerkschaften bleibt es aber immer wieder überlassen, nach dem Zusammenbruch des Kampfes, der selten länger als ein paar Wochen dauert, den entstandenen Trümmerhaufen aufzuräumen.

Die RGO.-Anhänger werden, aufgepeitscht durch ihre Führer und ermuntert durch Zeitungsartikel und Rundschreiben, bestimmt in den nächsten Wochen lebhaft Anstrengungen machen, um den Beweis ihrer Tüchtigkeit zu erbringen. Wir wissen jedoch, daß die große Mehrheit unserer

Neue Quellen der Baufinanzierung

Das Bild gibt einen Ueberblick darüber, auf welche Weise die Wohnungsbauten seit der Inflation in Deutschland finanziert wurden. Man sieht, daß fast soviel öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden, als private Mittel aufgebracht werden konnten. Die privaten Eigenmittel waren in allen Jahren sehr gering, und es ist nun leicht verständlich, daß der Bau von Wohnungen rasch abgestoppt wurde, als öffentliche Mittel im Jahre 1931 und 1932 nicht mehr zur Verfügung standen. So kommt es, daß 1932 kaum noch mehr als 120 000 Wohnungen fertiggestellt wurden, während in früheren Jahren das 2½fache an Neubauwohnungen bezogen werden konnte. Um die Bautätigkeit, die sich aus den Großstädten hauptsächlich in die Mittel- und Kleinstädte verlagert, weiterhin zu unterstützen, wird die Reichsregierung in Zukunft für den Bau von bescheidenen Eigenheimen Reichshypotheken zur Verfügung stellen, wenn die Bauherren hinreichend Eigenkapital, und zwar in Höhe von etwa einem Drittel des Haus- und Bodenwertes, zur Verfügung haben.

Kollegen geschult genug ist, um sich nicht von den Phrasen der RGO. einfangen zu lassen. Gerade in den jetzigen schweren Zeiten brauchen wir mehr als je aufgeklärte,

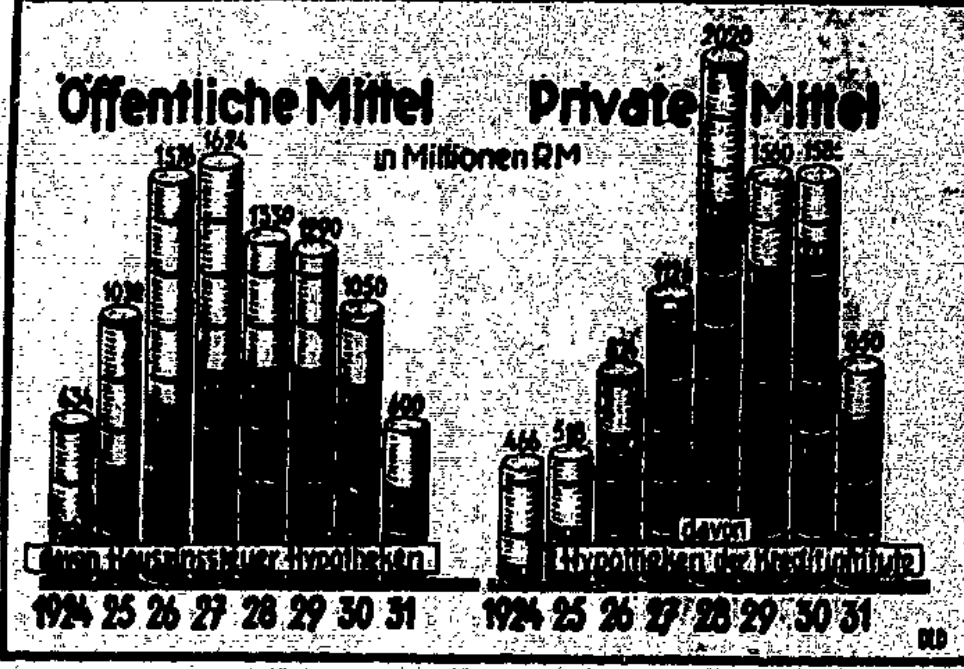
Überzeugte Gewerkschafter

in den Filialverwaltungen und in den sonstigen verantwortlichen Stellen. Darum wählt in den kommenden Wochen nicht die Vertreter einer Partei, die den Gewerkschaften lediglich Schwierigkeiten bereitet und so ihren Aufstieg behindert, sondern sorgt für die Wahl bewährter Gewerkschafter.

Daß die Nazis innerhalb der Gewerkschaften ein ebenso verwerfliches Spiel zu treiben versuchen wie die Kommunisten, ist bekannt. Sie werden aber bei unsern Kollegen kaum Gegenliebe finden. Wo Quertreiber auftauchen, muß ihnen mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie nur den Unternehmern in die Hände arbeiten, indem sie die Stoßkraft der Organisation schwächen.

Auf die Wahl der Betriebsräte und Obleute in den Betrieben, die ebenfalls im Laufe der nächsten Monate stattfinden muß, mit der sich die kommunistische Presse ebenfalls schon lebhaft beschäftigt, werden wir noch zurückkommen.

Die Quellen der langfristigen Wohnungsbaufinanzierung



bereits im freiwilligen Arbeitsdienst, in beruflichen Bildungsmaßnahmen oder in der Jugendführung bewährt haben."

Wichtig sind vor allem auch folgende Bestimmungen, die wir wörtlich wiedergeben:

„Die Bestimmungen für die Durchführung der beruflichen Bildungsmaßnahmen bleiben im vollen Umfange und unverändert in Geltung.“

Im Bedarfsfalle bin ich bereit, weitere Mittel der Reichsanstalt zur Verfügung zu stellen, um eine größere Ausdehnung der beruflichen Bildungsmaßnahmen zu ermöglichen;

nötigenfalls bitte ich, die wöchentliche Stundenzahl der Lehrgänge bis auf durchschnittlich zwölf Stunden herabzusetzen. Es ersucht weiterhin zunächst zweckmäßig,

die Dauer der Lehrgänge im allgemeinen auf das nach den Richtlinien zulässige Höchstmaß von drei Monaten auszu dehnen.“

Dies soll gelten für die aus Mitteln der Reichsanstalt unterstützten Lehrgänge. Weiter wird aber gesagt:

„Soweit Berufsverbände berufsfördernde Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche aus eigenen Mitteln durchführen, können sie für die Bemessung der Beihilfe (15 bis 25 Pfennig pro Tag und Kopf) als Ersatz für die Maßnahmen der Reichsanstalt angesehen werden.“

Das bedeutet praktisch eine weitgehende Verbreiterung und Verbesserung der Basis für die Erwerbslosenkurse unserer Filialen und Zahlstellen. Wo auf der früheren Grundlage der Mittelbewilligung der Reichsanstalt für Erwerbslosenkurse nichts geschehen konnte, ist jetzt eine neue Grundlage geschaffen. Außerdem ist die bisherige Grundlage auch (siehe oben, erster Fettdruck) erweitert und verbessert.

Ein Drittel des Durchschnittssatzes (der 20 Pfennig beträgt) wird nur gewährt, wenn die Gewährung einer warmen Mahlzeit nicht erforderlich ist.

Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind an den Vorsitzenden des Arbeitsamts zu richten.

Sie werden durch ihn bewilligt.

Soweit der Erlaß.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß sich hier unsern Filialen und Zahlstellen ein weiteres fruchtbares Arbeitsfeld bietet. In erster Linie durch Arbeit beruflicher Art. Die fürsorgliche, jugendpflegerische und sportliche Betreuung wird im Zusammenwirken mit geeigneten befreundeten Organisationen zu erreichen sein. Ein planvolles Arbeiten mit diesen Organisationen wird durch den „Sozialen Dienst“ erfolgen können, dessen bezirkliche und örtliche Stellen in den Arbeitsgemeinschaften der Arbeitsämter vertreten sein werden. Sie werden eine Verteilung der Aufgaben

an die einzelnen Organisationen deren Arbeitgeber, entsprechend vornehmen — an die Gewerkschaften also die berufliche Betreuung. So oder so — Mitarbeit ist notwendig!

Selbständige Handwerker in öffentlicher Fürsorge

Dr. Hans Knöpp, Frankfurt am Main, veröffentlicht unter diesem Titel in den Heften 49 und 50 der „Sozialen Praxis“ vom Jahre 1932 das sorgfältig zusammengestellte statistische Material aus einer westdeutschen Großstadt mit ungefähr 450 000 Einwohnern zu der Frage, wieviel selbständige Handwerker öffentliche Fürsorgeunterstützung erhalten. Wenn der Verfasser auch darauf hinweist, daß Fehlermöglichkeiten in dem verhältnismäßig geringen Umfang der Erhebung, die sich nur auf 500 selbständige Handwerker bezog, vorliegen können, so sind die gewonnenen Resultate doch symptomatisch für die Lage vieler Handwerksmeister. Da uns die Lage der Selbständigen im Baugewerbe besonders interessiert, soll im Folgenden nur darüber berichtet werden.

Von den in der Stadt vorhandenen 1894 Selbständigen im Baugewerbe wurden 153 = 8,1% als Fürsorgeunterstützungsempfänger ermittelt. Der Gesamtdurchschnitt an Unterstützungsempfängern bei allen erfaßten selbständigen Handwerkern betrug 4,9%. Schon daraus ergibt sich die schlimme Lage des Baugewerbes. Für die selbständigen Maler, Lackierer und Weißbinder sieht es noch trostloser aus; denn von den Ermittelten bezogen 10,6% öffentliche Fürsorgeunterstützung.

Wenn der Verfasser des Artikels bemerkt: „Die Zusammenstellung lehrt, daß das Baugewerbe (einschließlich Steine und Erden) als Krisenherd erster Ordnung anzusehen ist. Nicht nur absolut, sondern auch relativ ist die Not hier am größten; eine besonders erschütternde Feststellung für den, der weiß, welcher Wohlstand gerade im großstädtischen Baugewerbe früher anzutreffen war“, so stimmen wir dem voll und ganz zu. Oft genug haben es unsere Filialverwaltungsmitglieder erlebt, daß wenn Arbeitgeber vor dem Ortstarifamt oder Arbeitsgericht rechtskräftig zur Zahlung einer oftmals geringen Summe verurteilt waren, diese sich mit dem Hinweis ihrer Verpflichtung entzogen, daß sie selbst Unterstützungsempfänger seien. Auch Lehrlinge sind dadurch oft in ihren Rechten geschmälert worden.

Schlechtes Jahr für das Handwerk

Friedrich Derlien, Hannover, Vorsitzender des Reichverbandes des deutschen Handwerks, beschäftigte sich in einem Artikel in der Tagespresse mit der Lage des Handwerks im Jahre 1932. Wenn er darin zu dem Ergebnis kommt, daß es dem Handwerk schlecht ergangen ist, so spricht er damit nur etwas uns allen Bekanntes aus. Interessanter ist schon, daß der Artikel in Forderungen ausklingt, die als sehr vorsichtig formuliert bezeichnet werden können. Er verlangt für das Handwerk die Abkehr von der Deflationspolitik, weil seiner Meinung nach durch die Deflation der gewerbliche Mittelstand in einer Weise geschwächt wurde, die auch vom staatspolitischen Standpunkt aus außerordentlich bedauerlich bleibe. Wenn er weiter die Forderung nach Gerechtigkeit und Freiheit für die ehrliche Arbeit des Handwerks erhebt, so ist diese Redewendung wohl nur als eine schöne Floskel zu werten. Man scheint auch in Handwerkskreisen allmählich erkannt zu haben, daß es nicht nur auf hohe Forderungen ankommt, wenn man seine Lage zu verbessern wünscht.

Was uns in dem Artikel besonders interessiert, ist der Hinweis, daß sich infolge einer regen Umzugstätigkeit größere Arbeitsgelegenheit für be-

Notwerk der Jugend

Zu diesem „Notwerk der deutschen Jugend“, eingeleitet durch einen Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, gibt in Nr. 36 des „Reichsarbeitsblatt“ der Präsident der Reichsanstalt, dem die Aufgabe übertragen wurde, eine Verfügung an die Präsidenten der Landesarbeitsämter bekannt (H 5560/1.). Es ist darin sachlich manches enthalten, was bereits durch die Presse bekannt wurde. Darüber hinaus enthält die Verfügung aber für unsere Kollegen, besonders die Filialverwaltungen, der praktischen Durchführung der Mitarbeit wegen, wesentliches.

Die Aufgabe des Notwerks wird wie folgt umrissen:

1. Arbeitslose Jugendliche bis zu 25 Jahren während der Zeit der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit beruflich zu ertüchtigen, sie durch ernste, praktische, berufliche Bildungsarbeit gegen die Folgen der erzwungenen Untätigkeit zu schützen;

2. sie gemeinschaftlich zu verpflegen und ihnen zu helfen, ihre Arbeitskleidung zu erhalten und zu ergänzen;

3. ihnen Gelegenheit zu sportlicher Betätigung zu geben und sie dadurch körperlich zu stärken;

4. ihnen geistige Anregung und Fortbildung zu bieten.

Es sind Arbeitsgemeinschaften zu bilden, die alle Stellen zu-

sammenfassen, „die nach ihrem Aufgabenkreise Hilfe für die arbeitslose Jugend leisten“, darunter auch die Berufsverbände der Arbeitnehmer. Es sollen in diese Arbeitsgemeinschaften nach Möglichkeit solche Personen entsendet werden, die in der Arbeitslosenhilfe für die Jugend besonders erfahren sind. Für die baldige Bildung der Arbeitsgemeinschaften hat nach Fühlungnahme mit den maßgeblichen Stellen der Vorsitzende des zuständigen Arbeitsamts Sorge zu tragen. Die Arbeitsgemeinschaften haben die Aufgabe, den Gesamtplan aufzustellen.

Es wird dann noch einmal hervorgehoben, daß zwei Stunden täglich auf berufliche Bildungsarbeit verwendet werden sollen.

Zum Zwecke der eigenen Mitarbeit der Jugend sollen Kameradschaften, mit in der Regel nicht unter 25 Mitgliedern, gebildet werden. Berechtigt zur Bildung derselben sind Gemeinschaftsgruppen wie Jugendverbände, Berufsverbände usw. Sie haben die Aufgabe, die gemeinschaftliche Verpflegung zu regeln u. a. m. Für die berufliche Bildungsarbeit stehen ihnen für ihre Mitglieder die Veranstaltungen der Arbeitsämter zur Verfügung. Die Führer der Kameradschaften „müssen die Gewähr moralischer und sachlicher Eignung bieten und sich

stimmte Saisonberufe, darunter Maler, Töpfer, Tapezierer und Elektriker, bemerkbar gemacht habe. Im 4. Quartal sei noch durch die Auswirkung der Papenschen Notverordnungen eine Belebung für die Bauberufe eingetreten.

Derilen mag recht haben, wenn er an eine allgemeine Belebung der genannten Gewerbe denkt. Die Arbeitgeber hatten dadurch tatsächlich in gewissem Umfang Vorteile, indem sie wenigstens für sich und eventuell noch für die von ihnen beschäftigten Lehrlinge Arbeit erhielten. Für die Gehilfen aber trifft es, wie von uns schon bei andern Gelegenheiten festgestellt wurde, nicht zu. An ihnen sind die Papenschen Wirtschaftsankurbelungsversuche spurlos vorübergegangen, wofür unsere monatlichen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Maler- und Lackierer-gewerbe zahlenmäßige Beweise liefern.

Arbeiternot ist Bauerntod

Schlange-Schönungen, Reichsmilster a. D., veröffentlicht unter dieser Überschrift einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 962 vom 25. Dezember 1932. Wir nehmen nur deshalb davon Notiz, weil dieser Kenner der Verhältnisse auf dem Lande auch nicht umhin kann, auf den Zusammenhang zwischen Arbeitermangel und Bauerntod hinzuweisen. Er hat recht, wenn er meint, daß das Volk keine Agrarprodukte mehr kauft, weil es sie nicht mehr kaufen kann. Niemand kann mehr ausgeben als er hat, heißt es in dem Artikel, jeder schränkt sich auf das äußerste ein; rund 5 Millionen Arbeitslose mit ihrem Familienanhang schlagen sich mit einem Mindestaufwand von Ausgaben mühsam durch, und auch die Menschen, die noch das Glück einer Arbeitsstelle besitzen, sind in ihrem Einkommen — und zwar in allen städtischen Berufen — so geschmälert, daß sie den Groschen dreimal umdrehen, ehe sie ihn ausgeben. Darin ist heute zweifellos der Angelpunkt der Agrarfrage zu suchen.

Schlange-Schönungen kommt also zu dem gleichen Ergebnis als die Gewerkschaften, die schon immer auf die notwendige Stärkung der Kaufkraft hingewiesen, wenn die Landbevölkerung ihre Produkte zu angemessenen Preisen abzusetzen Gelegenheit haben soll.

Noch in einem andern Punkte können wir dem Verfasser des Artikels zustimmen, nämlich wenn er darauf hinweist, daß durch eine Qualitäts- und Absatzorganisation der Binnenmarkt gemeinsam mit allen in Betracht kommenden Ständen und Stellen so zu organisieren ist, damit eine engere Verbindung zwischen Landwirt und Verbraucher erreicht wird. Landwirtschaftliche Genossenschaften in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften in den Städten würden unseres Erachtens am besten geeignet sein, die Bevölkerung mit guten, preiswerten, durch keinen Zwischenhandel verteuerten Nahrungsmitteln zu versorgen.

Daß im übrigen noch manches im Artikel steht, was unsere Zustimmung nicht findet, ist selbstverständlich. Uns kam es aber nur darauf an, zu zeigen, daß selbst Kreise, die der Arbeiterschaft politisch und ideologisch fernstehen, sich manche ihrer Anschauungen zu eigen machen.

Drei Neuheiten für das Malerhandwerk

Von Dr.-Ing. Walter Hahn, Regierungsbaumeister in Dresden.

Nachdruck, auch auszugsweise, verboten!
Das Malerhandwerk ist übersättigt von allerhand Präparaten und Produkten, unter denen sich selbst der Fachmann nicht mehr auskennt hinsichtlich Vollwertigkeit und Vorzügen einerseits oder Minderwertigkeit und Nachteilen auf der andern Seite. Die Erzeugnisse unserer ernsthaften Großindustrie, die durch ihr allgemeines hohes Niveau und ihren Namen an sich verbürgt, daß sie nur durch sorgfältig-

Leipart an die Kollegen!

Als ich mich Ende September an Euch wandte, hatte die Regierung von Papen jene Notverordnungen erlassen, die einen merklichen Schritt in die Rechte der Arbeiterschaft bedeuteten. Der Bundesvorstand der IGL trat zum Kampfe gegen diese Notverordnung auf, ihr seid diesem Kampfe gefolgt. Wann spaltet die neue Regierung die drückendsten Bestimmungen der Notverordnung vom 1. September zurücknehmen möchte, so ist das hier festes und entschlossenes Haltung zu verdanken. Die ganze deutsche Öffentlichkeit hat von neuem erkennen müssen, daß die Gewerkschaften Deutschlands den großen machtvollen Block bilden, durch den sich der Wille der Arbeiterschaft immer wieder durchzusetzen vermag.

Gerade deshalb aber bricht von allen Seiten eine Flut von Verleumdungen, Entstellungen und Verdächtigungen über die Gewerkschaften herein. Es sind Kräfte am Werk, die fortgesetzt neue Uneinigkeit in die Masse der organisierten Arbeiterschaft hineintragen wollen. Man wirft uns vor, daß wir mit dem Reichskanzler von Schleicher verhandelt haben. Man verdächtigt uns der Zusammenarbeit mit reaktionären Gruppen. Man glaubt, daß wir unser großes Ziel, die Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaft, aufgegeben haben.

Wer diese Meinung vertritt, der kennt nicht das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung. Mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der wir seit Jahrzehnten zusammenarbeiten, sind wir uns darüber einig, daß das letzte Ziel der Arbeiterschaft die Verwirklichung des Sozialismus ist. Aber ihr wißt, daß die Gewerkschaften gegründet sind, um die Lage der Arbeiterschaft im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung zu verbessern. In stetigem Kampf, in unermüdlicher Kleinarbeit haben wir gemacht, was unsere Aufgabe zu erfüllen gesucht. In der jetzigen Weltwirtschafts-

ausgeprobte Produkte, auf dem Markt vertreten zu sein wünscht, leiden darunter. Ihnen sollte die Fachwelt jederzeit bevorzugt ihre Beachtung zuwenden und sich nicht durch diesen oder jenen Mißerfolg entmutigen oder beirren lassen, der sich zunächst häufig dann einstellt, wenn es sich darum handelt, ein Neuprodukt anzuwenden, das bei seiner ersten Verarbeitung einen Mißerfolg bringt, der leicht dem Mangel an Erfahrung zuzuschreiben ist. Auch soll man bedenken, daß es gerade im Malerberuf auch bei erprobten Mitteln an der Beobachtung und Einhaltung kleinster Umstände bei Mißerfolgen liegt, nach deren Ausschaltung unerwartet schnell der erhoffte Erfolg eintritt. Unter den zur letzten Leipziger Herbstmesse vertretenen Neuheiten soll hier auf einige Fabrikate hingewiesen werden, die unsere Beachtung unter diesen Gesichtspunkten verdienen und nach langen Versuchen ihrer Erzeuger unsere wohlwollende Erprobung und Anwendung in der Praxis erwarten dürfen, wobei gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß auch die kommende Frühjahrsmesse wieder Gelegenheit zu umfassender Orientierung über Farben, Lacke, Anstrichverfahren usw. geben dürfte.

Membranit ist ein Bindemittel, das die vielen Öle, Lackarten und Bindemittel, die heute die Malerwerkstatt bevölkern und sie eher zu einer chemischen Versuchsanstalt machen, in sich vereinigen und vereinfachen soll. Es liefert einen absolut wetterfesten und klaren Anstrich auf allen Arten von Verputzmaterial (also auch Zementputz), Naturstein usw., der selbst mit der Wurzelbürste nicht mehr abgerieben werden kann. Gegenüber dem mehrmaligen Anstrich, der bei Ölfarbe nötig ist, genügt bei der Verwendung von Membranit an Außenflächen schon ein zweifacher Anstrich, was natürlich wesentlich verbilligend wirkt. Einen

weiteren Vorzug bietet Membranit insofern, als sogar frischer Kalk oder verlängerter Zementputz mit ihm gestrichen werden kann. Natürlich muß der Mörtel abgedunnet haben und lufttrocken sein. Auch zum Isolieren von bituminösen Anstrichen usw. ist Membranit das geeignete Mittel, das ein Durchschlagen des Untergrundes mit Sicherheit verhindert. Zu beachten ist nur, daß der Bitumenanstrich nicht mehr lebt, um die auch sonst infolge der Bewegung des Untergrundes entstehende Rißbildung zu vermeiden. Es erweist sich auch nicht nötig, vorhandenen alten Ölfarbenanstrich zu entfernen, er kann vielmehr — natürlich soweit er fest sitzt! — nach Beseitigen des Schmutzes ohne weiteres mit Membranitfarben überbehandelt werden, wobei sich der Neuanstrich mit dem alten Untergrund ohne weiteres verbindet. Bei Sonnenbestrahlung ist eine Blasen- und Rißbildung nicht zu befürchten.

Die Verwendung bei der Behandlung an Innenräumen ist nicht weniger vielseitig. Da der mit ihm gebundene Anstrich die Spannungen des Untergrundes mitmacht und trotzdem festhaftet, ist mit ihm versetzte Farbe hervorragend geeignet für Räumlichkeiten, die einer besonders starken Inanspruchnahme ausgesetzt sind, also beispielsweise in Krankenhäusern, Schulen, Kirchen und anderorts.

Das Bindemittel stellt sich, wie es auf der Leipziger Messe gezeigt wurde, dar als eine wässrige, öl-, harz- und leimfreie Paste, die sich in kaltem Wasser lösen läßt, nach dem Trocknen jedoch nicht wieder in Wasser löslich ist. Das Farbpulver wird mit Wasser oder verdünntem Membranit zu einem steifen Brei angesetzt und diesem die an sich erforderliche Menge Membranit zugeführt. Die Farbe muß natürlich klumpenfrei sein, und es dürfen bei Außenanstrichen nur einwandfreie Farbpigmente verwandt werden. Bleiweiß

trifft, die nicht die Gewerkschaften verschulden, haben wir unsere ganze Kraft besonders dafür eingesetzt, die Lage der Arbeitslosen zu bessern. Wir haben die Forderung nach der vierzigstündigen Arbeitswoche erhoben, um die Zahl der Arbeitsplätze zu vermehren. Wir haben seit einem Jahr immer wieder die Forderung nach Arbeitsbeschaffung gestellt.

Unsere Ideen haben sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr durchgesetzt. Heute versucht die Regierung von Schleicher, einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen. Den Sozialismus wird diese Regierung nicht verwirklichen. Das wissen wir wohl. Sie will im Gegenteil, ebenso wie die Regierung von Papen, die kapitalistische Wirtschaft befestigen. Aber können wir in dieser Situation die Aufforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuarbeiten? Wenn wir als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft zu dieser Mitarbeit bei der Durchführung der Arbeitsbeschaffung bereit sind, so geben wir von unsern letzten großen Zielen kein Jota auf. Die Verantwortung für die Arbeiterschaft, die auf uns lastet, ist aber zu groß, als daß wir es ablehnen können, mit diesem oder jenem zu verhandeln, der uns auf Grund seiner Vergangenheit nicht unangenehm ist.

Ich weiß, daß die Funktionäre der Gewerkschaften diese Haltung verstehen. Um so mehr erwarte ich, daß sie der Masse der Mitglieder und den Massen der Unorganisierten gegenüber mit aller Entschiedenheit diese Haltung verteidigen, daß sie sich durch alles Geschrei von Verrat nicht erschüttern lassen.

Ich bin überzeugt, daß uns im neuen Jahre neue schwere Kämpfe bevorstehen. Wir gehen ihnen mit Zuversicht entgegen, weil in den Gewerkschaften die ungebrochene Kraft und der sozialistische Wille der deutschen Arbeiterschaft lebendig sind.

Theodor Leipart

eignet sich zur Verwendung nicht. Für Außenanstriche werden mit 1 kg Membranit 4 bis 8 qm Anstrich erzielt. Bei Innenanstrichen ist die Ergiebigkeit wesentlich größer. Es kommen dann 20 bis 25 qm auf jedes Kilogramm Membranit. Hierbei sind sämtliche in der Malerbranche üblichen Erd- und Buntfarben zur Mischung geeignet. Für die praktische Verwendung ist fester Untergrund als kaum erwähnenswerte Notwendigkeit — weil selbstverständlich — Vorbedingung.

Es besitzt den Vorzug schnell zu trocknen, so daß der mit ihm vorgenommene Anstrich schon nach einigen Stunden gegen Wischen und Abwaschen unangreifbar geworden ist. Durch die damit ermöglichte Verkürzung der Arbeitszeit und der Geräteerhaltung wird eine weitere Verbilligung bei der Anwendung erzielt. Mit Membranit gestrichene Innenräume zeichnen sich, abgesehen von der Wisch- und Waschfestigkeit ihres Anstriches, durch helle, leichte, matte Farbtöne aus.

Die für Reklameschilder in allen Arten von stofflichem Untergrund auftauchenden Schwierigkeiten bei der Frage: Welches Bindemittel soll man wählen? — die Kaseinfarben laufen möglicherweise aus, bei Lackfarben ist die schnelle Verarbeitung behindert — ist durch das wasser- und regenbeständige Bindemittel mit seinem schnellen Auftrocknen überraschend einfach gelöst. Bleibt die insbesondere bei Fußböden, aber auch anderweit zu übende Vorsicht, daß alle nicht behandelten Flächen sorgfältig geschützt beziehungsweise abgedeckt werden müssen, da ja das aufgetrocknete, wie bereits erwähnt, dann nicht mehr in Wasser lösliche Membranit nicht mehr beseitigt werden kann.

(Schluß folgt.)

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Dresden. Revue der Dresdner Jugendabteilung. — Als Revue bezeichneten die Dresdner Jungkollegen ihre diesjährige traditionelle Weihnachtstafel. Mit Recht; denn es war keine der üblichen „Festern“, sondern eine lebendige Heerschau wollender und tätiger junger gewerkschaftlicher Kräfte, die recht eindrucksvoll an den Zuhörern und Zuschauern vorüberzog. In großer Anzahl, fast 500 an der Zahl, waren alt und jung, Eltern, Kollegen und Jungkollegen, der Einladung in das Dresdner Volkshaus gefolgt. Schon vor dem Eingang in den Festraum, dem Kongreßsaal, konnten sie einen recht überzeugenden Eindruck von der sozialen und beruflichen Arbeit der Jugendabteilung des Verbandes insgesamt, aber auch der Dresdner Jugendabteilung im besonderen, gewinnen — eine Gelegenheit, die auch in der Pause fleißig wahrgenommen wurde. Manche Kreise, in denen recht viel von Leistung geredet wird, hätten hier das Staunen noch lernen können. Auch der Unberufene konnte noch eine Ahnung verspüren von dem Fleiß und dem Können, die hier zum Ausdruck kamen. Bewunderung mußte auch die große Mühe erregen, mit der das Ganze hier wie auch die Ausgestaltung des Festsaaus, von dessen Wänden geschmackvoll Werbemaßnahmen und gehaltvolle Plakate nach Entwürfen des Jungkollegen Börmann grüßten, von den Jugendlichen selbst arrangiert worden war — ein eklatanter Gegenbeweis gegen die gedankenlose Phrase, daß die Jugend beruflich uninteressiert sei. (An der Art der Weckung des Interesses liegt es!)

Auf gleicher Warte standen die Leistungen des Abends. Nicht zuletzt auch der Dresdner Arbeiter-Mandolinisten, die das Programm mit gehaltvoller und hochwertiger Musik umrahmten. Im übrigen aber waren die Hauptakteure des Programms die Jugendlichen aus der Abteilung selbst. Mit bemerkenswertem Erfolg. Sei es das Zeitbild „Die roten Maler sprechen“ oder das Revue-

bild „Karl wird Maler“, beide verfaßt von dem Jungkollegen K. Milde — stets wurde der Zuschauer von der Unmittelbarkeit und Echtheit berührt, in der hier wirkliches Leben auf der Bühne wiedergegeben wurde. Sicherlich neben einiger Begabung der Akteure deswegen, weil sie nicht „Theater“ spielten, sondern ihr eigenes Leben und Leiden, Wollen und Wirken. Nicht unerwähnt bleibe der Sprecher des Prologs, Jungkollege Dörge, der auch die einzelnen Programmpunkte mit Geist und Humor verband. Daß sie alle ungeheuerlichen, gern gependeten Beifall ernteten, war nicht verwunderlich.

Vor der Abwicklung des Programms widmete der Jugendleiter der Abteilung, Kollege Hilpmann, den Anwesenden Worte der Begrüßung. Er begrüßte unter andern auch den Reichsjugendleiter, Kollegen Bartsch, Hamburg, und den Bezirksleiter, Kollegen Vogt, Leipzig. In seinen Ausführungen klang das an, was dann auch in der Festansprache des Reichsjugendleiters weiterentwickelt wurde. Kollege Bartsch wies auf die soziale Lage der Jugend im allgemeinen, aber auch auf die soziale und berufliche Lage der Jugend unseres Gewerbes im besonderen mit ihren großen Gefahren hin. Daß nicht nur in sozialer, sondern auch in beruflicher Hinsicht der Verband eine wichtige Aufgabe habe, wird, gezwungen durch die Sprache der Tatsachen, von einsichtigen Außenstehenden längst erkannt. Es sei eine selbstverständliche Pflicht der Eltern, das zu erkennen und ihren Kindern durch Zuführung zum Verband den sozialen Rückhalt zu sichern, den sie ihnen selbst nicht geben können, den diese aber brauchen, um über die Zeiten der Krise hinwegzukommen. Die Jugend selbst aber müsse in Fortsetzung des Werkes der organisierten Arbeiter zum Träger des neuen sozialen Aufbau- und Ordnungswillens werden und das Reich des Friedens wirklich mitschaffen helfen, das in den Weihnachtstagen alljährlich nur immer wieder verheißen werde.

Die Veranstaltung wird ihren einen Zweck, Auftakt zur Werbung zu sein, bestens erfüllt haben. Die Jugendabteilung Dresden aber möge in gewohnter Weise rührig weiterarbeiten und vielen weiter ein Beispiel geben — eine bessere Aufgabe kann sie sich und kann man ihr nicht wünschen.

Nachträgliche Lohnsteuererstattung

Der § 93 des Einkommensteuergesetzes regelte die nachträgliche Lohnsteuererstattung bei wirtschaftlicher Not. Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurde diese Regelung beseitigt. Trotzdem aber der § 93 des Einkommensteuergesetzes beseitigt ist, ist eine Lohnsteuerrückzahlung für das Jahr 1932 möglich, und zwar auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung.

Jeder Lohnsteuerpflichtige kann also nach wie vor eine Lohnsteuererstattung beantragen. Durch den § 131 der Reichsabgabenordnung ist nämlich den Finanzämtern die rechtliche Handhabe gegeben, in einzelnen Fällen, in denen die Einziehung von Steuern unbillig wäre, und zwar auf Grund der besonderen Verhältnisse, die Erstattung bereits entrichteter Steuer zu verfügen.

Die Lohnsteuerzahler also, die im vergangenen Jahre besondere wirtschaftliche Belastungen zu tragen hatten, das heißt ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit und Unglücksfällen in der Familie oder dergleichen, können auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung beim Finanzamt um Lohnsteuererstattung nachsuchen.

Der Gesuchsteller hat allerdings keinen unbedingten Rechtsanspruch auf Erstattung mehr, wie das vordem der Fall war. Ueber die Anträge, die gemäß § 131 gestellt werden, entscheidet das Finanzamt nach freiem Ermessen.

POLITIK DER WOCHE

Aeltestenrat tagt am 4. Januar

Der nationalsozialistische Reichstagspräsident hat den Aeltestenrat des Reichstags zum 4. Januar einberufen. Der Ausschuß soll sich mit dem Termin der Wiedereinberufung des Plenums befassen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichstag wahrscheinlich Mitte Januar wieder zusammentreten wird. Dann wird sich vermutlich das Schicksal des Reichstags entscheiden. Wenn die Nazis sich nicht endgültig zur Tolerierung des Schleicher-Kabinetts entschließen, wird wohl die Auflösung des Reichstags erfolgen.

Umfangreiche Amnestie

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde vom Reichstag eine weitgehende Amnestie beschlossen. Da auch der Reichsrat mittlerweile seine Zustimmung dazu gab, ist sie in Kraft getreten. Die Zahl der unter die Amnestie fallenden Verurteilten bzw. in Untersuchungshaft Befindlichen wird auf 15 000 bis 20 000 geschätzt. Ein größerer Teil der Amnestierten hat schon vor Weihnachten die Freiheit wieder erlangt, darunter auch viele, die sich zur „Eisernen Front“ bekennen.

Nach einer Aufstellung wurden nämlich vom Januar bis November 1932 798 Prozesse gegen Mitglieder der „Eisernen Front“ durchgeführt, es schweben gegenwärtig noch 939 Prozesse mit 2517 Angeklagten. Verurteilt wurden in dieser Zeit 593 Personen zu Freiheitsstrafen von insgesamt 30 Jahren 10 Monaten Zuchthaus und 218 Jahren 10 Monaten Gefängnis. 486 Verurteilte erhielten Geldstrafen von insgesamt 160 000 Mark.

An Gerichtskosten hat sich ein Betrag von über einer Million Mark ergeben.

Im Gefängnis saßen 461 Personen zur Strafverbüßung, weitere 70 befanden sich in Untersuchungshaft.

Von den sonst Freigewordenen gehört ein großer Teil der Kommunistischen Partei an, oder steht den Kommunisten nahe.

Der verbleibende Teil zählt fast restlos zu den Nationalsozialisten.

Die Säuberungsaktion

geht weiter

Nach dem glorreichen 20. Juli 1932 wurden von den von der Papen-Regierung eingesetzten Kommissaren, an deren Spitze der durch den Zwickelerlaß „berühmt“ gewordene Herr Bracht steht, schon wiederholt Säuberungsaktionen unter den Beamten durchgeführt. Entlassen bzw. in den Ruhestand versetzt wurden immer nur Sozialdemokraten bzw. demokratisch und republikanisch eingestellte Beamte, die in der Regel durch rechtsstehende Persönlichkeiten ersetzt wurden. Jetzt sollen diejenigen Körperschaften in Preußen gesäubert werden, denen die Schulen unterstehen, wohl weil in manchen Schulen ein den Brachtleuten allzu fortschrittlicher Geist herrscht. Begonnen werden soll die Säuberung im Berliner Provinzial-Schulkollegium. Aus ihm sollen 13 höhere Beamte, darunter der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete König, dessen Fähigkeiten als Schulspezialist allseitig anerkannt werden, und die

NICHT 20^{RM.}, SONDERN 2^{RM.}

EINE VORLAGENMAPPE MIT 15-20 TAFELN
KOSTET DURCHSCHNITTLICH 15-20 RM.
4 HEFTE UNSERES

FACHBLATT FÜR MALER

ENTHALTEN EBENFALLS 20 SOLCHER MEHRFARBIGERTAFELN
U. KOSTEN DEN VERBANDSMITGLIEDERN

NUR 2^{RM.}

DEINE FILIALVERWALTUNG GIBT DIR JEDE GEWÜNSCHTE AUSKUNFT

Schulrätin Hildegard Wegscheider, die als sozialdemokratische Abgeordnete dem Preußischen Landtag angehört, entfernt werden.

Regierungsänderung in Frankreich

Das Kabinett Herriot, das wegen seiner Bereitwilligkeit zur Zahlung der im Dezember fälligen Schuldenrate an Amerika von der französischen Kammer gestürzt wurde, ist von der Regierung Paul-Boncour abgelöst worden. In der Regierungserklärung betonte der neue Ministerpräsident in der Abgeordnetenversammlung, daß die Politik des Kabinetts Herriot fortgesetzt werde. Die Regierung beabsichtige energische Beschränkung der Ausgaben und allgemeine Regelung der Schuldenfrage. Zur Abrüstungsfrage äußerte er sich, wie vorauszu sehen war, sehr vorsichtig. Er bemerkte, die französische Regierung werde darüber wachen, daß man aus der loyalen Anerkennung einer Gleichberechtigung innerhalb der gleichen Pflichten und innerhalb einer positiven Organisation internationaler oder wenigstens europäischer Sicherheit nicht etwa Schlußfolgerungen ziehe, die zu einer Aufrüstung führten, die mit den Zwecken der Abrüstungskonferenz sowie mit den Friedensverträgen unvereinbar wäre.

FACHTECHNISCHES

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteiltes Patent

Kl. 22h. 567 775. Schnell trocknende Anstrichstoffe. Dr. Hermann Vollmann, Meiningen.

Angemeldete Patente

Kl. 22h. J. 43 685. Lacke, Kunststoffe und plastische Massen. I. G. Farbenindustrie AG., Frankfurt a. M.

Kl. 22h. J. 187 30. Verfahren zur Herstellung von gefärbten Massen oder Lösungen dieser. I. G. Farbenindustrie AG., Frankfurt a. M.

Kl. 22h. Z. 17 175. Verfahren zur Viskositätseinstellung von Zelluloseester- und -äther- sowie Kupferoxydammoniakzelluloselösungen, insbesondere für Lackzwecke. Zellstoffabrik Waldhof, Dr. Otto Faust und Dr. Valentin Hottenroth, Mannheim-Waldhof.

Erteiltes Patent

Kl. 22h. 567 133. Verfahren zur Herstellung von Oel- und Nitrozellulose-lacken, plastischen Massen, Farben und Anstrichmitteln aller Art. Firma Theodor Kotthoff, Köln-Radertal.

FACHLITERATUR

Illustrierter Maler-Kalender 1933. Verlag Jüstel & Göttel, Leipzig. — Auch dieser Jahrgang, wiederum von Julius Wenzel bearbeitet, erscheint, um den Preis so niedrig als möglich zu halten (er beträgt 2,50 RM.), ohne das Beiheft wie im vorigen Jahre. Dennoch enthält der Kalender eine Fülle von Material, das vor allem dem selbständigen Maler das Jahr über von Wichtigkeit ist. Neben dem gewohnten Kalendarium, einem Notizenteil und allerlei Wissenswerten, vor allem eine Kalkulations- und Preistabelle, für deren Richtigkeit wir allerdings dem Verfasser die Verantwortung überlassen müssen, eine Tabelle zur laufenden Eintragung der Materialpreise, eine Tabelle zur Geschäftskostenaufstellung, eine praktische Lohnberechnungstabelle, Heizkörper-tabelle und anderes mehr. Es seien auch erwähnt die Hinweise über erste Hilfe bei Unfällen nach den Vorschriften des Verbandes deutscher Berufsgenossenschaften. Es fehlen nicht die Vorbilder für Firmenschriften, ein Verzeichnis der Fachschulen und die Zusammenstellung einer Malerbücherei; desgleichen ein Berufsquellenanzeiger. Ein Kalender, der stets die bekannte Höhe hält und den Zeiten gerecht zu werden versucht.

BÜCHER · SCHRIFTEN

Gewerkschafts-Archiv, Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Heft 6 für Dezember 1932 ist erschienen. Preis des Heftes 1,20 RM. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten oder den Verlag Karl Zwing in Jena.

Das Heft enthält eine Anzahl für jeden Gewerkschafter wichtige Abhandlungen. Es seien genannt: Um die Zukunft der Gewerkschaften von K. Zwilling; Das geschichtliche Verhältnis von Staat und Koalition; von Dr. Franz Neumann; Die Vereinigten Staaten in der Wirtschaftskrise, und herrscht in Rußland sozialistische Planwirtschaft? von A. Pollak.

Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 RM. pro Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Unfallverhütungskalender 1933. Der Kalender ist von der Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, zum Preise von 14 Pf. pro Stück zu beziehen; bei größeren Bestellungen Preisermäßigung.

Unter der Fülle der jährlich erscheinenden Kalender verdient der Unfallverhütungskalender besondere Beachtung, er will den Leser nicht nur unterhalten, will ihm nicht nur allgemein Wissenswertes bringen oder ihn auf einem Spezialgebiet weiterbilden, sondern er will dazu beitragen, ihm Leben und seine Gesundheit zu erhalten. Diesen Zweck dürfte auch der nünmehr beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften im siebenten Jahr erscheinende neue Unfallverhütungskalender wieder erfüllen. Er ist 64 Seiten stark.

Neue-Welt-Kalender 1933. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen oder direkt vom Verlag: Auer & Co., Hamburg 36. Preis 50 Pf.

Im Textteil überwiegt diesmal die Kurzgeschichte. Nicht weniger als acht kleine Erzählungen bringt der Kalender aus einem Preisausschreiben, dessen beste Ergebnisse hier aufgenommen sind. Der Neue-Welt-Kalender dient jedoch nicht nur der Unterhaltung; er ist auch — nun schon im 57. Jahrgang — das belehrende und aufklärende Jahrbuch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und verdient deshalb einen bevorzugten Platz in jeder Hausbücherei.

Vom 1. Januar bis 7. Januar ist die 1. Beitragswoche.

Vom 8. Januar bis 14. Januar ist die 2. Beitragswoche.

STERBETAFEL

Breslau. Am 17. Dezember verstarb plötzlich an Blutvergiftung unser treuer Kollege, der Maler Paul Lorenz, im Alter von 53 Jahren.

Dortmund. Unser Mitglied, der Kollege Richard Runge, verunglückte am Dienstag, 13. Dezember, tödlich. Er war 34 Jahre alt. — Plötzlich und unerwartet starb am 22. Dezember 1932 unser Mitglied, der Kollege Johann Budenz (Budinski) im Alter von 42 Jahren an Lungenentzündung.

Hamburg. Nach langer Krankheit starb am 19. Dezember im Alter von 60 Jahren unser Kollege Johann Hennig.

Heidelberg. Infolge einer Blutvergiftung starb am 9. Dezember unerwartet schnell unser treues Mitglied Adam Döll im jugendlichen Alter von 18 Jahren.

Königsberg. Unser Mitglied Otto Garmeister starb plötzlich am 25. Dezember im Alter von 46 Jahren an Gehirnschlag. Die Filiale verliert in ihm einen tüchtigen Mitkämpfer. — Am 28. Dezember starb unser Mitglied Emil Kausch an Schlaganfall im Alter von 61 Jahren.

Leipzig. Am 23. Dezember starb unser langjähriges Mitglied Paul Rast im Alter von 59 Jahren. Mehr als 26 Jahre war er ein treues Mitglied unseres Verbandes. Kriegsfolgen und Nachwirkungen von Berufsunfällen haben den frühzeitigen Tod herbeigeführt. Nürnberg. Am 28. November starb unser treuer, schwerkriegsverletzter Kollege Albert Kreutz, geboren am 21. März 1881 zu Steele, infolge eines Gehirnschlags.